



Republik Österreich

DER BUNDESKANZLER

GZ 410.140/129-IV/1/83

II-743 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2

Tel. (0222) 66 15/0

DVR: 0000019

Wien, 15. Dezember 1983

263 IAB

1983 -12- 19

zu 253 IJ

Herrn

Präsident des Nationalrates
Anton BENYA

1010 W i e n

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. JANKOWITSCH, Dr. VESELSKY und Genossen haben am 19. Oktober 1983 unter der Nr. 253/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Abhaltung einer EFTA-Gipfelkonferenz 1984 an mich gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Werden Sie aus dem Kreis der EFTA-Staaten kommenden Initiativen zwecks Abhaltung eines neuerlichen Treffens der Staats- und Regierungschefs dieser Organisation von österr. Seite unterstützt?
2. Welche Zielsetzung sollte sich nach österr. Auffassung ein solches Gipfeltreffen angesichts der derzeitigen Wirtschaftslage in Europa geben?
3. Welchen Beitrag könnte ein solches Treffen insbesondere zur Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Länder des demokratischen Europas leisten?"

./2

- 2 -

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Im Frühjahr d.J. hat die schwedische Regierung die Initiative zur Einberufung einer EFTA-Gipfelkonferenz auf Ebene der Regierungschefs etwa mit Frühjahr 1984 in Schweden (schwedischer EFTA-Vorsitz im 1. Hj. 1984) ergriffen. Nach Ansicht Stockholms sei die Erfahrung mit dem Wiener EFTA-Gipfel 1977 - der einen wichtigen Markstein in den Beziehungen zwischen den EFTA-Ländern und den EG dargestellt habe - eine sehr gute gewesen; es wäre daher an der Zeit, einen neuerlichen Gipfel einzuberufen. Diese schwedische Einladung wurde bei der letzten EFTA-Ministerratstagung (Bergen, 2./3. Juni) von allen EFTA-Staaten, sohin auch von Österreich, begrüßt. Das Treffen ist nunmehr für 21. bis 23. Mai 1984 in Visby, Gotland, in Aussicht genommen.

Zu Frage 2:

Nach österreichischer Auffassung sollte der EFTA-Gipfel eine entschiedene Stellungnahme gegen die Tendenz zum Protektionismus beziehen, welcher mit Andauern der Rezession sich in verschiedenen europäischen Ländern bemerkbar macht. Insbesondere wären derartige Entwicklungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft - Behinderung des Fremdenverkehrs durch diesbezügliche Ausreisebestimmungen einzelner EG-Länder, Schaffung technischer Handelshemmnisse im Zuge einer Neuordnung des EG-Normenwertes etc. - mit Sorgfalt zu prüfen und die weitere Vorgangsweise der EFTA-Staaten diesbezüglich zu erörtern.

Österreichischerseits ist man weiters der Auffassung, daß gerade bei diesem 2. EFTA-Gipfel das Interesse der Mitgliederstaaten der EFTA an einer Intensivierung auch auf die Bereiche der 2. Integrationsgeneration (d.h. Fragen der allgemeinen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, der Wissenschaft und angewandten Forschung, Industriepolitik, Technologie, Verkehr, Umwelt, ect.) deutlich demonstriert werden sollte.

. / 3

- 3 -

Zu Frage 3:

Der zu erwartende Beitritt Spaniens und Portugals zur Gemeinschaft und die immer stärker werdende Interdependenz zwischen den EFTA-Staaten und den EG macht es notwendig, die Zusammenarbeit der demokratischen europäischen Staaten zu vertiefen.

Nach dem Wegfall der Zölle bei sensiblen Produkten mit 1. Jänner 1984 wird der Freihandel im industriell-gewerblichen Bereich zwischen den EFTA-Staaten und der Gemeinschaft verwirklicht sein. Andere, vor allem nichttarifarisches Handelshemmnisse werden noch stärker als bisher in den Vordergrund des Interesses treten.

Die wirtschaftlichen Probleme in Westeuropa (wachsende Arbeitslosigkeit, Stagnation des Wirtschaftswachstums, Zahlungsbilanzprobleme sowie aufkommender Protektionismus) machen es erforderlich, die wirtschaftliche Erholung durch Verstärkung des europäischen Freihandels zu fördern.

Eine diesbezügliche Lösung kann allerdings wegen der Interdependenz der westeuropäischen Staaten nur in einer engen Zusammenarbeit gefunden werden. Vom EFTA-Gipfeltreffen 1984 sollten daher Impulse zu einer engeren Zusammenarbeit der demokratischen europäischen Staaten ausgehen.

